

Berliner Tageblatt

Nr. 120

und Handels-Zeitung

Samstag, 10. März 1925

Verleger: Rudolf Wolff in Berlin

Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin

Das diplomatische Revirement.

Drei Botschafter, sechs Gesandte.

Die Persönlichkeiten der Neuernennen.

Wie wir bereits mitgeteilt haben, ist das seit langem in Aussicht genommene Revirement im Auswärtigen Amt jetzt vollzogen worden.

Der Botschafter in Tokio, Dr. Solf, der seit längerer Zeit die Altersgrenze überschritten hat, tritt auf seinen Wunsch in den Ruhestand. In Japan bedauert man allgemein den Abgang des verdienstvollen Botschafters. Ausdrücklich ist in Tokio der Wunsch geäußert worden, daß Dr. Solf bis zur Krönung des Kaisers auf seine Posten bleiben möchte. An seine Stelle tritt der bisherige Gesandte in Sibirien, Borsch, der lange als Konsul in China tätig gewesen ist. Dr. Borsch ist ein bekannter Freund der orientalischen Kunst.

Für den neugeschaffenen Botschaftersposten in Buenos Aires ist der bisherige Gesandte in Brüssel, P. Keller, ernannt worden. Er ist aus der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes hervorgegangen und hat nach dem Zusammenbruch längere Zeit den Posten eines Gesandten in Belgien bekleidet. Von dort wurde er im Jahre 1923 nach Brüssel versetzt, wo er annähernd vier Jahre tätig war.

Die Gesandtschaft in Santiago (Chile) wird gleichfalls in eine Botschaft umgewandelt. Zum Botschafter ist Cichauzen, der bisherige Gesandte in Belgien, ernannt worden. Wer der Nachfolger Cichauzens werden wird, steht noch nicht fest. In Aussicht genommen ist der Gesandte Böller in Riga, der früher Reichsminister des Innern war. Dr. Böller ist Sozialdemokrat, und seine Ernennung wird, wie wir schon angedeutet haben, deshalb von den deutschnationalen Ministern im Reichskabinett zu verhandeln sein.

Als neuer Leiter des Nachfolgers Dr. Böllers wird der bisherige Referent des Auswärtigen Amtes für die Schuldrechtsfrage, Gehlen, Dr. Schöner, genannt. Schöner ist aus der juristischen Kaufmannbewegung, war während des Krieges unter dem Gesandten Freiherrn v. Queis Pressesekretär in Stockholm und wurde nach dem Zusammenbruch in das Auswärtige Amt berufen. Er hatte sich politisch vielfach um die Lösung der Schuldfrage bemüht.

Auf den Posten eines Gesandten in Brüssel ist der Dirigent im Auswärtigen Amt, Gehlen, Dr. Schöner, ernannt worden. Seit 1906 im auswärtigen Dienst, war er lange Zeit bei den Botschaften in Paris und Washington tätig. In der Zeit nach dem Kriege war er nun mit kurzer Unterbrechung dauernd im Auswärtigen Amt, in den letzten Jahren als Dirigent der Eng- und Amerikabteilung. Er ist mit einer Tochter, Frau v. Schöner, verheiratet. Er vertritt die verschiedensten gesellschaftlichen Beziehungen, auch im Auslande.

Als Gesandter nach Sibirien geht Gehlen, Dr. v. Saligand. Herr v. Saligand hat schon verschiedene Posten im Auslande bekleidet, so war er Gesandtschaftsrat in Athen, Generalkonsul in Genf

und gehörte längere Zeit der Rechtsabteilung an. Zuletzt Dirigent der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes.

Der langjährige Leiter der Ost-Abteilung, Ministerialdirektor Walzroth, ist zum Gesandten in Oslo ernannt worden an Stelle des aus dem Dienst scheidenden Gesandten Romberg. Gesandter Walzroth ist erst nach dem Kriege in das Auswärtige Amt eingetreten und bekleidete zunächst die Gesandtschaftsposten in Riga und Kiew, worauf er im Jahre 1923 als Nachfolger des damaligen Leiters der Ost-Abteilung, des Freiherrn Malchow, zum Direktor der Ost-Abteilung ernannt wurde. Sein Nachfolger ist der bisherige Dirigent der Abteilung, Gehlen, Dr. v. Briesen, der noch aus der inneren Verwaltung stammt und dann nach dem Kriege in den auswärtigen Dienst übernommen worden ist. Dr. v. Briesen war, nachdem er das Handelsministerium im Auswärtigen Amt bekleidete hat, einige Jahre als Gesandtschaftsrat in Warschau und wurde dann als Generalkonsul nach Tansig versetzt. Er war in den letzten Jahren Streifenmanns ständiger Begleiter auf den Völkervereinigungen in Genf. An seine Stelle tritt der bisherige Botschaftsrat in Konstantinopel, Dr. v. Briesen.

Den Posten des nach Brüssel gehenden Gesandten Herrmann übernimmt Freiherr v. Röhlfen, der bisherige Leiter der Angelegenheiten des Nahen Ostens. Baron Röhlfen gehört der deutschen Diplomatie seit vielen Jahren an und hat die mannigfaltigsten Posten in Europa, Asien und Amerika bekleidet. Bis zum Zusammenbruch war er der Gesandtschaft in Sofia zugeteilt, er verließ dann den diplomatischen Dienst und ist vor zwei Jahren wieder in das Auswärtige Amt berufen worden, wo er seitdem tätig gewesen ist.

Als Nachfolger des Herrn v. Saligand ist der derzeitige Vortragende Legationsrat in der Eng- und Amerikabteilung, Dr. v. Kaufmann, der wiederum durch den Gesandtschaftsrat Freiherrn v. Wadendorf ersetzt wird, zum Dirigenten der Presseabteilung auszuweisen. Dr. v. Kaufmann hat verschiedene Posten im Auslande bekleidet und war früher bereits in Presseabteilung tätig.

Als Nachfolger des bereits abberufenen Gesandten in Neapel, Frank, der in den Ruhestand tritt, ist der bisherige Generalkonsul in Barcelona, Schroeter, ernannt worden. Herr Schroeter war, nachdem er mehrere Jahre lang als Geschäftszähler in Neapel tätig war, Gesandter in Sinesio und seit einem Jahr Generalkonsul in Barcelona. An seine Stelle in Barcelona tritt der Vortragende Legationsrat Borsch, der bisher die südamerikanischen Abteilung im Auswärtigen Amt hatte. Sein Posten soll nunmehr von dem Grafen Lattenbach übernommen werden, der bereits in dem Südamerikabereich tätig war.

Außer den oben genannten Veränderungen werden im Auswärtigen Amt noch eine Anzahl Stellen zu Vertretungen vacant ernannt werden. Auch im auswärtigen Dienst werden neben den erwähnten Veränderungen an den letzten Stellen vielfach andere Unterstellungen stattfinden. So ist der Gesandtschaftsrat v. von v. Stumpe von der Botschaft in Konstantinopel nach Brüssel versetzt worden, Legationssekretär v. Saligand scheidet aus dem Auswärtigen Amt und geht nach Rom.

Gegenrevolutionäre Organisationen in Südrussland?

Eine amtliche russische Mitteilung.

Moskau, 10. März (W. T. W.)

Der Staatsanwalt beim Obersten Gerichtshof der Sowjetunion veröffentlicht eine Mitteilung über die Aufdeckung einer gegenrevolutionären Organisation im Bezirk Schachy (Kongoboden), die sich mit der Desorganisation und Zerschlagung der Steinkohlenindustrie dieses Bezirks befaßt habe.

In der Mitteilung heißt es, die Untersuchung habe festgestellt, daß die Zentrale der Organisation sich im Auslande befindet und aus ehemaligen Eigentümern und Aktionären der Kohlenunternehmungen des Kongobodens besteht. Als Agenten dieser Organisation in der Sowjetunion dienten, so heißt es in dem Bericht des Staatsanwalts weiter, eine Gruppe Angehöriger der Schachy und Steiger sowie eine Reihe von Angehörigen der systematisch Gehalt von ihnen ehemaligen Direktoren und Sonderbeauftragten von Agenten des ausländischen Spionagedienstes bezogen. Die Organisation befaßt sich jahrelang mit böswilliger Sabotage und Unterhinderung der Kohlenförderung durch unrationelle Bewirtschaftung, unnötige Ausgaben sowie direkte Zerschlagung von Gruben, Bergwerken und Fabrikbetrieben durch Brandstiftungen, Explosionen und Verschädigung der Maschinen. Es ist festgestellt, daß überall wo die Organisation ihre Ziele einzusetzen wollte, der Produktionsstand und die finanzielle Stärke des Unternehmens katastrophal zurückgingen. Die Teilnehmer an der Zerschlagung suchten mit allen Mitteln, die Lage der Arbeiter zu verschlechtern; sie überredeten sie gegenseitlich bei der Entlohnung und provokierten Streiks. Die Arbeiter wurden verschleppt und die Gelegenheit wird dem Obersten Gerichtshof übergeben werden.

In einem weiteren Artikel betonte „Pravda“, daß die Teilnehmer an dem Kompott jahrelang die Sowjetwirtschaftler, Gewerkschaftler und andere Kreise in Schachy zu bezwingen verstanden. Das Ziel besteht im Produktionsstand gegenüber aufzulockern, um die besten Bedingungen zu schaffen und weit auf die Konkurrenz hin zu schließen, wie möglich aus der Mitte der Werkstätten einen Erfolg für diese sowjetischen Kräfte zu schaffen. Das Blatt erinnert weiter daran, daß im letzten Jahre in einigen großen unheimlichsteigen Brandstiftungen festgestellt wurden, spricht die Vermutung

aus, daß Fälle gegenrevolutionärer Tätigkeit auch auf anderen Gebieten der Sowjetindustrie vorkommen und erklärt zum Schluß, die erfolgreiche Entdeckung des Sowjetlandes trotz solcher Tatsachen sei ein Beweis der inneren Festigkeit der Sowjetmacht, der gefundenen Grundlage der Industrie und der Stärke der Arbeiterklasse, die alle gegenrevolutionären Maßnahmen sofort jenseitiger Agenten vereitelt.

Es liegen uns mehrere Einzelheiten über diese Affäre vor, mit deren Veröffentlichung wir aber aus besonderen Gründen vorläufig zurückhalten.

Coolidge und die Freigabebill.

Die Verzögerung der Unterzeichnung.

(Funftelegramm unseres Korrespondenten.)

Washington, 10. März.

Amlich verlautet, daß die Unterzeichnung der Freigabebill durch den Präsidenten, die schon am Montag erwartet wurde, sich noch verzögert, weil die Überprüfung der technischen Einzelheiten in zwei Ministerien noch nicht abgeschlossen ist. Verlässlichen Informationen zufolge liegen noch gewisse Bedenken vor, die den Präsidenten jedoch nicht abhalten werden, das Gesetz zu unterzeichnen.

Die Zanger-Konferenz in Paris.

Teilnahme Italiens.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

O London, 10. März.

Campbell, der Leiter der Weltlichen Abteilung des Auswärtigen Amtes, wird der Hauptvertreter Englands auf der voraussichtlich am Donnerstag nächster Woche in Paris zusammen tretenden Viermächtekonferenz zwischen England, Frankreich, Spanien und Italien sein, deren Aufgabe es ist, zu dem fürstlich zwischen Frankreich und Spanien abgeschlossenen provisorischen Abkommen über die Zanger Stellung zu nehmen. Vor allen Dingen wird auf dieser Konferenz der Anspruch Italiens nach einer stärkeren Beteiligung an der Verwaltung Zangers als bisher eine entscheidende Rolle spielen. Es ist anzunehmen, daß Italien ebenfalls noch England und von Frankreich Spanien gegenüber gemachten Konzeptionen in der Zangerzone zustimmen werden.

Eine berechnete Anfrage.

von Paul Steinborn.

Die „Deutsche Tageszeitung“ von gestern abend enthält den neuesten Beitrag zu einer Auseinandersetzung, die zwischen der preussischen Regierung und den sie stützenden Parteien des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Demokraten einerseits und den Deutschnationalen und dem Reichslandbund andererseits im Gange ist. Es ist eine Erörterung, die aus allgemeinen und innenpolitischen Gründen so große Bedeutung hat, daß man auf den Ausgang gespannt sein darf. Das großagrarisches Blatt ist entrüstet darüber, daß das preussische Ministerium des Innern in einem Rundschreiben an die Regierungspräsidenten Verzicht über die Frage, Stimmung und Haltung der landwirtschaftlichen im besondern der bäuerlichen Bevölkerung und vor allem auch darüber einfordert, wie die vielfach in den letzten Wochen zutage getretene Mißstimmung und Unruhe in benannten Kreisen beurteilt wird. Die Zentralbehörde wünscht zu wissen, „ob die Lage als gespannt oder als gefährlich anzusehen ist, und ob besondere dringende und zentrale Maßnahmen angezeigt“ seien. Die „Deutsche Tageszeitung“ führt über diese Verfügung, zu der bekanntlich alle Veranlassung vorlag, sehr herbe Klage, obgleich sie zu demselben Thema bei anderer Gelegenheit noch viel herber schreiben konnte. Vor einigen Tagen wurde berichtet, daß der preussische Regierungspräsident in Berlin, ein Mann, der immer der Rechten zugehört worden ist, in feierlichen und sehr ernstlichen Worten dem Reichslandbund dringend nahegelegt hat, von dem gefährlichen „Spiel mit dem Feuer“, das er mit seiner gemäßigten Hege gegen die preussische Regierung betreibt, zu lassen. Von dieser Warnung haben die Leiter des genannten agrarischen Blattes bis heute kein Wort erfahren. Ferner hat jetzt im preussischen Landtag der demokratische Abgeordnete Niebel an die preussische Regierung eine Frage gerichtet, die schon längst hätte gestellt werden müssen. Die Frage nämlich, wann das preussische Staatsministerium diesem Treiben mit den Mitteln der Staatsautorität entgegenzutreten und wann sie den verantwortungslosen Drahtziehern solcher gefahrdrohender Aktionen ihre strafrechtliche Verantwortung zum Bewußtsein bringen gekonnt? Auch diese wohl begründete Forderung an zuständiger Stelle hat das genannte agrarische Blatt seinen Lesern vorenthalten. Dagegen verweist es sich zu der Behauptung, der Graf des Innenministers bedeute, daß man mit dem Polzeiapparat gegen Bauernnot vorgehen wolle. Aber gleichzeitig geht draußen im Lande die gemeingefährliche Agitation weiter, in der man von der Marschbereitschaft aller Schwabens bis Schachystrigen, von einer weißen Armee und davon spricht, daß der Kampf dem „System dieses Staats“ gilt.

Heutigen Bauernnot? Gewiß, auch der Bauer kämpft heute unter schwerem Steuerdruck hart um seine Existenz. Aber er erkennt auch immer mehr, wie wenig das sogenannte „Notprogramm“ seinen Forderungen entspricht, und wie weitgehend es auf die besonderen Wünsche des Großgrundbesitzes zugeschnitten ist. Schon deshalb ist die systematische Agitation des Reichslandbundes gegen den preussischen Landwirtschaftsminister strafwürdig, und mit Recht hat man gerade aus pommerischen Bauernkreisen heraus darauf hingewiesen, daß den Millionen von Bauern nur etwa 25 000 Grundbesitzer gerechtfertigt seien, und daß aus dem Notprogramm für die Millionen sehr wenig für die 25 000 aber recht viel herauszukommen ist. Wenn zum Beispiel die in Aussicht stehenden Subventionsgelder für Pommern über die sogenannten Notlandkommissionen geleitet werden sollen, so ist dazu zu sagen, daß diese Kommissionen in aller Stille gebildet worden sind, ohne daß man bezeichnenderweise die bäuerlichen Verbände dazu herangezogen hätte. Der Großgrundbesitz befindet sich in diesen Kommissionen mit seinen Freunden vom Landbund im trauten Verein, und wenn nachher auch die Zingemittelfreidite über die Kommissionen weitergegeben werden, dann kann man sich im voraus denken, wieviel für den mittleren und Kleinbauern von ihnen übrigbleiben wird. Und ganz ähnlich steht es mit den 25 Millionen für die Rationalisierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, steht es mit dem Umfudungsproblem, bei dessen Erörterung man aus einem zweiten Grunde erkennt, wie unberechtigt es ist, wenn der Reichslandbund gegen den Minister Steiger und den preussischen Staat wütet.

Während Preußen zur Unterstützung der bedrängten Landwirtschaft sofort alles getan hat und weiter tun wird, was nur irgendwo im Bereich des Möglichen liegt, haben wir bekanntlich gesehen, daß Herr Schiele, der mit fälschendem Titel die Bezeichnung als „Minister für die Ernährung der Landwirtschaft“ akzeptiert hat, in seinem Ministerium mit den Vorbereitungen dauernd im Rückstand geblieben ist. Herr Schiele hat zuerst eine Ausräumung der Beratung seines Staats im Reichstag verlangen müssen, und er hatte im gegebenen Augenblick keine Ahnung, wie denn nun die in dem Programm ausgearbeiteten Gelder verwendet und verteilt werden sollen. Er hat auch heute noch nicht die erforderlichen Grundlagen für die Durchführung des Programms geliefert, ja, es ergibt sich, daß infolge seiner unzulänglichen Arbeit die ganze Aktion zur Unterstützung der Landwirtschaft juristisch in Gefahr geraten ist. Und da wir wissen, daß der Reichstag vor der Auflösung steht, so muß man Herrn Schiele in der Tat fragen, ob er nun endlich auch von sich aus das